

Jacqueline Breidlid*

Politische Interessenvertretung für Bibliotheken: Themen, Forderungen, Methoden

<https://doi.org/10.1515/bfp-2023-0037>

Zusammenfassung: Vor mittlerweile über zehn Jahren hat der Deutsche Bibliotheksverband e. V. (dbv) in seiner Bundesgeschäftsstelle eine eigene Stelle für die Politische Kommunikation eingerichtet. In diesem Artikel erklärt die Stelleninhaberin (2019–2024) Jacqueline Breidlid, warum die politische Interessenvertretung für Bibliotheken so wichtig ist, reflektiert deren Besonderheiten und taucht – anhand des Beispiels der Bundestagswahl 2021 – in aktuelle Themen und Methoden der Interessenvertretung der dbv-Bundesgeschäftsstelle ein.

Schlüsselwörter: Politische Interessenvertretung; Bundestagswahl; Koalitionsvertrag; E-Lending; Sonntagsöffnung

Political Advocacy for Libraries: Approach, Topics, Methods

Abstract: More than ten years ago, the German Libraries Association/Deutscher Bibliotheksverband e. V. (dbv) established a position for Political Advocacy at its Secretary. In this article, Jacqueline Breidlid, the holder of the position (2019–2024), explains why political advocacy is so important for libraries. She reflects its on its specificities and – using the example of the election of the German Bundestag in 2021 – delves into current themes and methods of Political Advocacy through the dbv-Secretary.

Keywords: Political advocacy; federal elections; coalition treaty; e-lending; Sunday opening of libraries

1 Warum eine Interessen- vertretung für Bibliotheken?

Das Rollenverständnis von Bibliotheken hat sich in den letzten Jahren stark weiterentwickelt. Zeitgemäße Bibliotheken zeichnen sich sowohl als Orte des Zugangs zu Wissen, Kultur und Bildung, als auch als Orte der Begegnung und Plattformen für Aktivitäten aller Menschen aus. Sie stehen für Vielfalt und Inklusion. Durch ihre vielfältige Programm-

und Veranstaltungsarbeit wie Lesungen, Workshops oder Diskussionen sind sie essenziell für das kulturelle Leben. Zudem bieten sie einen „geschützten öffentlichen Raum mit niedrigschwelligem und bestenfalls wohnortnahem Zugang, angenehmer kultivierter Atmosphäre und nutzerfreundlichen Öffnungszeiten“.¹

Mit diesem Rollenverständnis können und wollen Bibliotheken einen zentralen gesellschaftlichen Beitrag leisten. Während dieses moderne Rollenbild bei den Bibliotheken selbst ein omnipräsentetes Thema ist, ist dies der Außenwelt, und insbesondere der Politik, oft nicht bekannt. Dabei sind die kulturelle Teilhabe, der Zugang zu Bildung und das Schaffen von inklusiven und niedrigschwellig zugänglichen Orten der Begegnung und des Austauschs durchaus auch politische Ziele. In ihrem Koalitionsvertrag nimmt sich die aktuelle Bundesregierung vor, eine „Kultur mit allen“ zu schaffen und „allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft beste Bildungschancen [zu] bieten, Teilhabe und Aufstieg [zu] ermöglichen und durch inklusive Bildung [zu] sichern“.² Für Senior*innen möchte sie „Bildungs- und Begegnungsangebote“ sowie Angebote zur „Überwindung der Einsamkeit“ schaffen.³ Auch die Situation für Kinder und Jugendliche möchten die Koalitionspartner mit einem Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit verbessern.⁴

Damit Bibliotheken bei solchen politischen Entwicklungen mitbedacht und aktiv einzbezogen werden, müssen die gesellschaftliche Rolle und die zeitgemäßen Aufgaben von Bibliotheken ebenfalls in der Politik ankommen. Nur so wiederum können politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die ihnen das Agieren in dieser Rolle überhaupt erst ermöglichen. Denn: Bibliotheken können ihr volles Potenzial als Bildungs- und Begegnungsorte und als Orte kultureller Teilhabe nur ausschöpfen, wenn sie finanziell, personell und technisch dafür ausgestattet werden und wenn Gesetze und politische Strategien diese Entwicklung unterstützen und fördern. Dafür braucht es die politische Interessenvertretung!⁵

1 dbv (2021c) 8.

2 Deutsche Bundesregierung (2021) 93.

3 Ibid. 102.

4 Ibid. 98.

5 Nach Definition der Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB)

*Kontaktperson: Jacqueline Breidlid, j.breidlid@gmail.com

2 Interessenvertretung als Gemeinschaftsaufgabe

Bibliotheken agieren in einem mehrschichtigen politischen Umfeld. Je nach Trägerschaft sind sie finanziert über Kommunen (die s. g. kommunalen oder „Öffentlichen“ Bibliotheken), über Kirchen, über die Bundesländer (Hochschulbibliotheken), über den Bund⁶ oder über andere Träger. Sie sind von Gesetzen, Aktionen und Strategien auf kommunaler, Landes-, Bundes-, EU- oder der internationalen Ebene ebenso betroffen wie von Entscheidungen ihrer jeweiligen Träger. Zudem können sie relevante Fördermittel auf Landes- oder Bundesebene sowie EU-Fördermittel beantragen. Dementsprechend muss die Interessenvertretung die kommunalen, die Landes-, Bundes-, EU- und internationalen Ebenen abdecken. Dies kann nur funktionieren, wenn die Interessenvertretung als Gemeinschaftsaufgabe verstanden wird, bei der Bibliotheksverbände und -vereine auf unterschiedlichen politischen Ebenen, aber auch die Bibliotheken selbst, an einem Strang ziehen.

Von „oben“ angefangen, sind Bibliotheken und ihre Interessen u. a. vertreten

- auf internationaler Ebene durch den internationalen Bibliotheksverband IFLA (International Federation of Library Associations and Institutions),
- auf europäischer Ebene durch den europäischen Bibliotheksverband EBLIDA, den europäischen Verband der Wissenschaftlichen Bibliotheken LIBER, dem Forum „National Authorities on Public Libraries in Europe“ (NAPLE) sowie der Plattform Public Libraries 2030,
- auf nationaler Ebene durch den Deutschen Bibliotheksverband e. V. (dbv), Bibliothek & Information Deutschland (BID), dem Dachverband der Institutionen- und Personalverbände des Bibliothekswesens, der Verbände des Informationswesens und zentraler Einrichtungen der Kulturförderung in Deutschland, den Berufsverband Information Bibliothek e. V. (BIB) oder den Verein Deutscher Bibliothekarinnen und Bibliothekare e. V. (VDB),
- auf Landesebene durch die Landesverbände im dbv und im VDB. Da die Unterhaltung der Hochschulen i. d. R. Aufgabe der Bundesländer ist, vertreten auch

bedeutet Interessenvertretung, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen und ihre Verbände politische Entscheidungen über Regelungen oder die Verteilung von Ressourcen zu ihren Gunsten beeinflussen, siehe BpB (2019). Eine ähnliche Bedeutung haben die Begriffe „Public Affairs“, „Politische Kommunikation“, „Lobbyarbeit“ oder „Advocacy“.

⁶ Dazu gehören vor allem die Deutsche Nationalbibliothek (DNB) sowie bspw. die Bibliothek des Deutschen Bundestages oder die Bibliotheken der Bundesministerien.

die Hochschulbibliotheken ihre Interessen auf dieser Ebene,

- vor Ort in den Städten und Gemeinden. Schließlich sind es die kommunalen Bibliotheken selbst, die gegenüber ihrem Träger sichtbar werden und ihre politischen Interessen vertreten.

Diese Akteure agieren allerdings nicht autark, sondern können einander bei der politischen Interessenvertretung komplementieren, unterstützen und befähigen. Im Folgenden gehe ich auf einen dieser Akteure – den dbv – näher ein und beleuchte seine Zielsetzungen und Methoden bei der Interessenvertretung. Dabei zeige ich auch auf, welch wichtige Rolle Bibliotheken dabei haben, hier selbst unterstützend tätig zu werden.

3 Interessenvertretung durch die dbv-Bundesgeschäftsstelle

3.1 Zielsetzung und Themen

Der dbv vertritt mit seinen mehr als 2 000 Mitgliedern bundesweit über 9 000 Bibliotheken mit 25 000 Beschäftigten und 11 Mio. Nutzer*innen. Sein zentrales Anliegen ist es, Bibliotheken zu stärken, damit diese allen Bürger*innen freien Zugang zu Informationen ermöglichen. Ziel der Interessenvertretung ist es, insbesondere

- der Politik das eingangs beschriebene moderne Rollenverständnis von Bibliotheken als Bildungs- und Begegnungsorte und als Orte kultureller Teilhabe und ihre gesellschaftliche Relevanz zu vermitteln und
- politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Bibliotheken ermöglichen, ihren Auftrag zu erfüllen.

Der Hauptfokus der Interessenvertretung durch die Bundesgeschäftsstelle des dbv liegt dabei auf der Bundespolitik. Insbesondere vier zentrale Themen bearbeitet der dbv derzeit:

1. Seit mittlerweile über zehn Jahren setzt sich der dbv für eine Gleichstellung zwischen E-Books und gedruckten Büchern beim Verleih durch Bibliotheken ein. Denn: Viele aktuelle E-Book-Titel können in der Bibliothek nicht ausgeliehen werden, da die Verlage diese den Bibliotheken erst nach einer Wartezeit von bis zu einem Jahr anbieten.⁷ Aus Sicht des dbv werden „Bibliotheksnutzer*innen [damit] von der Teilhabe an

⁷ dbv (o. J.a).

- zahlreichen aktuellen E-Books willkürlich ausgeschlossen“.⁸ Ihre Kernaufgabe – nämlich den „freie[n] Zugang zu Informationen und Quellen“ – müssen Bibliotheken, aus Sicht des dbv, aber auch in der „digitale[n] Welt“ gewährleisten können.⁹
2. Eine ebenfalls seit vielen Jahren bestehende politische Forderung des dbv ist die Ermöglichung der Sonntagsöffnung von Öffentlichen Bibliotheken durch eine Änderung des Bundesarbeitszeitgesetzes. Denn: Laut dem bestehenden Bundesarbeitszeitgesetz müssen Öffentliche Bibliotheken als einzige Kultureinrichtung sonntags ihre Türen schließen. Gerade für Familien, alleinerziehende und beruflich stark eingebundene Menschen wäre es wichtig, auch sonntags die Bibliotheken besuchen zu können und so von den Bibliotheksdienstleistungen Gebrauch zu machen.¹⁰ Denn Bibliotheken hätten die Möglichkeit, „noch nutzer*innenfreundlicher [zu] werden und den Bedürfnissen der Bevölkerung unmittelbar nach[zu] kommen“.¹¹
 3. Als niedrigschwellig zugängliche Einrichtungen, in denen Wissen, Information und Infrastruktur geteilt und langfristig sowie kommerzfrei für alle zur Verfügung gestellt wird, leisten Bibliotheken einen wichtigen Beitrag zu allen 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen.¹² Bibliotheken befassen sich zudem proaktiv mit dem Thema – sei es „durch die Bereitstellung von Informationsmaterial, die thematische Erweiterung ihres Medienbestandes oder durch Diskussionsrunden und Workshops zum Thema Nachhaltigkeit“.¹³ Der dbv setzt sich dafür ein, dass dies auch politisch wahrgenommen wird und dass Bibliotheken in politische Aktionen und Strategien – insbesondere bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – einbezogen werden.¹⁴
 4. Bibliotheken sammeln, erschließen, verleihen und machen Werke zugänglich, von denen die meisten urheberrechtlich geschützt sind. Daher haben sie eine Doppelrolle: Sie berücksichtigen und vermitteln „einerseits die Interessen der Autor*innen und Verlage und andererseits die der Rezipienten“. Der dbv setzt sich für ein „wissenschaftsfreundliches Urheberrecht mit klaren Ausnahmeregelungen ein, damit sich Bibliotheken und ihre Nutzer*innen im Sinne ihres Auftrags rechtskonform verhalten können“.¹⁵
- Neben diesen vier Kernforderungen gibt es eine Reihe weiterer Themen, die auch für die politische Kommunikation immer wieder relevant ist: der Kulturgutschutz, die Langzeitarchivierung, die Leseförderung oder die Themenbereiche „Bibliotheken und Demokratie“ oder „Bibliothek und Schule“. Auch das Thema Forschungsdaten, dessen „ungenutztes Potenzial“ die aktuelle Bundesregierung „effektiver für innovative Ideen nutzen“ möchte, indem sie u. a. ein Forschungsdatengesetz und Forschungsklauseln einführt,¹⁶ gewinnt in der politischen Kommunikation des dbv zunehmend an Bedeutung.
- Zusätzlich zur Verfolgung ihrer Interessen in der Bundespolitik unterstützt die dbv-Bundesgeschäftsstelle seine Landesverbände sowie auch die dbv-Mitgliedsbibliotheken bei ihrer Interessenvertretung gegenüber der Landes- und Kommunalpolitik. So plant sie bspw. momentan eine Reihe an Online-Modulen zur Lobbyarbeit mit praktischen Übungen zur Formulierung von Zielsetzung, Identifizierung der Stakeholder oder der Vorbereitung auf Gespräche mit Politiker*innen.

3.2 Offenheit und Transparenz

Der dbv geht bei seiner Arbeit im Bereich der Interessenvertretung davon aus, dass die Interessenvertretung – gerade auch durch Kulturverbände oder zivilgesellschaftliche Akteure, deren Stimmen im politischen Geschehen oftmals eher zu kurz kommen – ein gesunder und wichtiger Teil der Demokratie ist. Die *Akademie Management und Politik* der Friedrich-Ebert-Stiftung schreibt dazu in ihrer Publikation *Lobbying für die gute Sache*:

„Nicht nur in Krisenzeiten ist es für Demokratie und Gesellschaft elementar, dass zivilgesellschaftliche Anliegen gehört werden. Während kontrovers über die ethischen Implikationen von Lobbyismus durch Wirtschaft und Konzerne diskutiert wird, braucht es eine starke Stimme von Non-Profit-Organisationen (NPOs) und Zivilgesellschaft. Damit zivilgesellschaftliche Anliegen auch Gehör finden und am Ende nicht auf der Speisekarte landen, ist professionelle Lobbyarbeit für viele Organisationen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft unumgänglich. [...] Im Kampf für die gute Sache ist es wichtig, dass Zivilgesellschaft und NPOs im Austausch mit Politik und Öffentlichkeit professionell und

⁸ dbv (2022c) 2.

⁹ Ibid. 1.

¹⁰ dbv (o. J.b).

¹¹ dbv (2022c) 1.

¹² Mit der im Jahr 2015 verabschiedeten Agenda 2030 hat sich die Weltgemeinschaft das Ziel gesetzt, weltweit ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu bewahren. Mehr Informationen: Deutsche Bundesregierung (2023).

¹³ dbv (2020) 1.

¹⁴ Ibid.

¹⁵ dbv (o. J.c).

¹⁶ Deutsche Bundesregierung (2021) 21.

strategisch agieren, um ihre Ziele zu erreichen. Um die eigene Präsenz in Politik, Öffentlichkeit und Medien zu erhöhen, braucht es zielgerichtete Lobby- und Advocacyarbeit.“¹⁷

Gleichzeitig darf Interessenvertretung selbstverständlich nur auf Basis von Offenheit, Transparenz, Ehrlichkeit und Integrität stattfinden. So führt die Europäische Kommission ein Transparenz-Register, in dem alle Organisationen aufgeführt sind, die auf die EU-Gesetzgebung und Politik Einfluss nehmen und mit welchen Mitteln sie dies tun.¹⁸ Auch der Bundestag führt seit März 2021 ein Lobbyregister, das Transparenz bzgl. der Beteiligung von Interessenvertreter*innen am politischen Prozess schaffen soll.¹⁹ Durch seine Eintragungen in die beiden Register²⁰ bekennt sich der dbv zum jeweiligen Verhaltenskodex, der zu Grundsätzen der Offenheit, Transparenz, Ehrlichkeit und Integrität bei der Lobbyarbeit verpflichtet.

3.3 Einige Instrumente der Interessenvertretung: Das Beispiel der Bundestagswahl 2021

Wie andere Verbände auch, nutzt der dbv bei seiner Interessenvertretung eine Reihe verschiedener Methoden und Werkzeuge: Er formuliert bibliothekspolitische Zielsetzungen, identifiziert relevante Akteure, vernetzt sich mit anderen Akteuren und schmiedet Bündnisse, verfasst Stellungnahmen, führt Gespräche mit Entscheider*innen aus der Politik und organisiert parlamentarische Abende oder öffentliche Podiumsdiskussionen.²¹ Bei der Bundestagswahl 2021 konnte der dbv gleich mehrere dieser Instrumente anwenden und damit einige Erfolge hinsichtlich seiner politischen Zielsetzung erzielen. Das Beispiel der Bundestagswahl eignet sich daher ganz besonders gut, um die praktische Anwendung dieser Instrumente durch den dbv aufzuzeigen. Im Folgenden gehe ich daher auf die drei Kerninstrumente, die der dbv während der Bundestagswahl 2021 genutzt hat, ein.

17 Friedrich-Ebert-Stiftung (2021) 3.

18 Transparenz-Register der Europäischen Union (o. J.).

19 Lobbyregister des Deutschen Bundestages (o. J.a).

20 Der dbv ist seit 2022 im Lobbyregister des Deutschen Bundestages eingetragen. Die Registernummer lautet: R003275. Lobbyregister des Deutschen Bundestages (o. J.b), Transparenz-Register der Europäischen Union (o. J.), Registriernummer des dbv: 775312322027-47.

21 Für eine Übersicht verschiedener Methoden und Tools der Lobbyarbeit siehe z. B. Friedrich-Ebert-Stiftung (2021).

3.3.1 Die Wahlprüfsteine: Ein konkretes Bekenntnis der Parteien zu bibliothekspolitischen Anliegen

Die Bundestagswahl im September 2021 bedeutete für Bibliotheken eine wichtige Möglichkeit, die politischen Parteien im Bundestag von Anfang an auf den gesellschaftlichen Beitrag von Bibliotheken aufmerksam zu machen und seine Anliegen gegenüber einer neuen Bundesregierung einzubringen. Bereits im April 2021 wandte sich der dbv daher mit Fragen zu seinen wichtigsten bibliothekspolitischen Anliegen – s. g. Wahlprüfsteinen – an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien.²² In den Antworten, die kurz vor der Wahl eintrafen, bekannten sich alle Parteien zu der wichtigen gesellschaftlichen Rolle von Bibliotheken, und dass diese passende Rahmenbedingungen benötigen. Zudem machten die Parteien Zugeständnisse in Bezug auf die zentralen bibliothekspolitischen Anliegen des dbv:

- Bzgl. des E-Lending schrieb die SPD, dass sie sich für eine „gesetzliche Regelung“, die „es den Bibliotheken ermöglicht, E-Books zu fairen und angemessenen Konditionen und ohne zeitliche Verzögerung zu lizenziieren und die zugleich eine faire und angemessene Vergütung der Urheber und Verlage sicherstellt“ einsetzen würde.²³ Bündnis 90/Die Grünen meldeten zurück, dass digitale Neuerscheinungen „schnellstmöglich in Bibliotheken erhältlich sein“ müssen.²⁴ Und Die Linke machte deutlich, dass Bibliotheken beim Verleih von E-Books „auf ein faires Lizenzmodell zugreifen und das grundständliche Recht haben [müssen], aus allen auf dem Markt verfügbaren E-Books eine sorgfältige Auswahl treffen zu können“.²⁵
- Bzgl. der Sonntagsöffnung teilten Bündnis 90/Die Grünen mit, dass sie sich für die Sonntagsöffnung von Öffentlichen Bibliotheken einsetzen werden. Denn: „gerade vielen berufstätigen Menschen, Eltern mit Kindern, Schüler*innen in Ganztagschulen ist es unter der Woche oftmals nicht möglich, die Angebote der öffentlichen Bibliotheken wahrzunehmen“.²⁶ Auch die FDP, Die Linke und die AfD unterstützen die Möglichkeit der Sonntagsöffnung, wobei Die Linke betonte, dass ein „ausfinanziertes Konzept“ die „gute Vergütung von Bibliotheksbeschäftigten sicherstellen muss“.²⁷
- Beim Thema Nachhaltigkeit in und durch Bibliotheken war die FDP der Meinung, dass Bibliotheken als Kul-

22 dbv (2021e).

23 SPD (2021) 3.

24 Bündnis 90/Die Grünen (2021a) 2.

25 Die Linke (2021) 2.

26 Bündnis 90/Die Grünen (2021a) 1.

27 Die Linke (2021) 1.

tur- und Bildungseinrichtungen „jetzt schon viel zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele und des Gelingens der Agenda 2030 der Vereinten Nationen“ beitragen.²⁸ Auch die SPD begrüßte „ausdrücklich die zahlreichen Initiativen der Bibliotheken zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele“.²⁹ Und in Bezug auf die Frage des dbv nach der Einbeziehung der Bibliotheken bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurden insbesondere Bündnis 90/Die Grünen konkret. Sie schrieben, dass die Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie „neu justiert“ werden sollen. Dabei wollten sie „alle relevanten gesellschaftlichen Stakeholder frühzeitig einbeziehen und auch den Bibliotheken ein Gesprächsangebot machen“.³⁰

Auch in den um die gleiche Zeit erschienenen Wahlprogrammen wurden bibliothekspolitische Anliegen z. T. aufgenommen. Insbesondere Bündnis 90/Die Grünen betonten in ihrem Wahlprogramm wiederholt die Rolle von Bibliotheken als „öffentliche und soziale Orte“, die sie wiederum zu den „schönsten und stärksten Räumen des Miteinanders“ machen wollen.³¹ Und um die „Teilhabe auch in der digitalen Welt zu verbessern“, nahmen sie sich in ihrem Wahlprogramm vor, „Initiativen praktischer Bildung und Anwendung im Lebensumfeld und in den Treffpunkten älterer Menschen wie Nachbarschaftszentren und Bibliotheken“ zu fördern.³² Hinsichtlich der Hochschulbibliotheken schrieben die Grünen, dass zu „einer zukunftsfesten Infrastruktur an den Hochschulen [...] moderne Bibliotheken“ gehören.³³ Die SPD versprach, dass sie Mittel bereitstellen wolle, „damit Kunst entstehen kann und Kultureinrichtungen allen offenstehen, vom Theater bis zum Musikclub, vom Museum bis zum soziokulturellen Zentrum, von der Bibliothek bis zur Musikschule“.³⁴

Mit den Wahlprüfsteinen haben sich die politischen Parteien also zur Rolle der Bibliotheken und zu zentralen bibliothekspolitischen Anliegen bekannt und Vorschläge gemacht, wie sie diese in der kommenden Legislatur angehen würden. In seiner darauffolgenden politischen Arbeit konnte der dbv diese Bekenntnisse und Zusagen immer wieder nutzen, um die Parteien – sei es in Gesprächen mit Abgeordneten oder in Briefen oder Pressemitteilungen (siehe nächster Abschnitt) – an ihre eigenen bibli-

theckspolitischen Versprechen zu erinnern, und sie zum Handeln aufzufordern.

3.3.2 Pressemitteilungen, Briefe, „Bericht zur Lage der Bibliotheken“: Forderungen an die Parteien, ihre Versprechen umzusetzen

Im Nachgang an die Wahlprüfsteine hat der dbv seine bibliothekspolitischen Anliegen an die neue Bundesregierung kommuniziert und diese an ihre Bekenntnisse erinnert:

- Anlässlich der intensivierten Sondierungsgespräche zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP kurz nach der Wahl erinnerte der dbv am 12. November 2021 in einer Pressemitteilung an seine wichtigsten bibliothekspolitischen Anliegen.³⁵
- Im Oktober 2021 versandte der dbv seinen „Bericht zur Lage der Bibliotheken“ 2021/22³⁶ an alle frischgewählten Abgeordneten des Bundestags – begleitet von einem Gratulationsschreiben, in dem er die Abgeordneten auf die bibliothekspolitischen Forderungen aufmerksam machte und sie bat, diese in der neuen Legislaturperiode umzusetzen. Im „Bericht zur Lage der Bibliotheken“ legt der dbv jährlich Zahlen und Fakten zur Entwicklung und der Arbeit von Bibliotheken vor, geht auf politische und gesellschaftliche Themen und den Beitrag von Bibliotheken ein und stellt Forderungen an die Politik. Zu den Kernthemen des Berichts zur Lage im Jahr 2021/2022 gehörten die Rolle von Bibliotheken als Dritte Orte, die Leseförderung durch Bibliotheken oder die digitale Langzeitarchivierung wissenschaftlicher Bibliotheken.
- Im Laufe der Koalitionsverhandlungen wurde bekannt, dass sich 22 Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themenfeldern mit je 3–4 Vertreter*innen aus jeder Partei gegründet hatten. Für den dbv relevant waren insbesondere die Arbeitsgruppen Kultur- und Medienpolitik, Gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land sowie Bildung und Chancen für alle. Per Brief wandte sich der dbv daher an die Vertreter*innen der AGs, um sie an ihre bibliothekspolitischen Bekenntnisse aus Wahlprüfsteinen oder Wahlprogrammen zu erinnern und sie aufzufordern, diese in den Koalitionsvertrag aufzunehmen.
- Am Tag nach der Verabschiedung des Koalitionsvertrags veröffentlichte der dbv erneut eine Pressemitteilung: Er äußerte sich zufrieden mit den Inhalten und insbesondere den Bekenntnissen dazu, faire Rahmen-

28 FDP (2021) 4.

29 (SPD) (2021a) 4.

30 Bündnis 90/Die Grünen (2021a) 2.

31 Bündnis 90/Die Grünen (2021b) 96.

32 Ibid. 140.

33 Ibid. 157.

34 SPD (2021b) 48.

35 dbv (2021d).

36 dbv (2021a).

bedingungen beim E-Lending zu schaffen und bundesweit die Sonntagsöffnung für Öffentliche Bibliotheken zu ermöglichen.³⁷

Mit Pressemitteilungen, Briefen und dem „Bericht zur Lage der Bibliotheken“ forderte der dbv die Politik also immer wieder auf, in Bezug auf bibliothekspolitische Anliegen – zu denen sich die Politik z. T. in den Wahlprüfsteinen, Wahlprogrammen oder (später) dem Koalitionsvertrag selbst bekannt hatten – aktiv zu werden.

3.3.3 Einladung zum Bibliotheksbesuch: Die wichtige Rolle der Bibliotheken selbst

Bibliotheken haben in der Sichtbarmachung ihrer gesellschaftlichen Rolle und bei der Durchsetzung ihrer bibliothekspolitischen Anliegen einen wichtigen Vorteil: Sie haben in Deutschland eine fast flächendeckende Präsenz – es gibt sie in Großstädten, Kleinstädten und dem ländlichen Raum. Insbesondere kommunale Bibliotheken sind in der lokalen Stadt- oder Dorfgesellschaft fest verankert und haben oft enge Beziehungen zu den umliegenden Schulen, Kitas, Volkshochschulen, Altenheimen oder lokalen Vereinen. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, nicht nur mit Kommunalpolitiker*innen, sondern auch mit Landes- oder Bundestagsabgeordneten des jeweiligen Wahlkreises in Kontakt zu treten.

Nach der Bundestagswahl haben daher viele Bibliotheken auf Anregung der dbv-Bundesgeschäftsstelle den Kontakt mit den Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises aufgenommen und sie zu sich in die Bibliothek eingeladen. Denn: die gesellschaftliche Relevanz von Bibliotheken lässt sich nirgendwo besser nachvollziehen, als wenn man vor Ort die Dienstleistungen und Aktivitäten von Bibliotheken – Coding-Workshops für Jugendliche, Handy-Kurse für ältere Menschen oder Maker-Space-Angebote – miterleben kann. Der wichtige Beitrag von Bibliotheken zur den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen kann auf keine Art besser verstanden werden, als wenn man vor Ort eine Saatgutbibliothek oder eine Bibliothek der Dinge miterlebt. Und bibliothekspolitische Anliegen, wie die Forderung nach einer gesetzlichen Grundlage für das E-Lending, lassen sich anders vermitteln, wenn man vor Ort aufzeigen kann, wie sich der *Status quo* auf die Bibliothek und ihre Nutzer*innen auswirkt.

Ein für Bibliotheken besonders relevanter Anlass, um mit Abgeordneten ins Gespräch zu kommen, war (und ist weiterhin) oftmals auch die Unterstützung der Bibliothek

durch Fördermittel auf Bundesebene. So erhielt bspw. die Bücherei Poppenhausen in Hessen 2022 eine Förderung aus dem von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) initiierten dbv-Förderprogramm „Vor Ort für Alle“.³⁸ Zum Startschuss des durch diese Bundesmittel ermöglichten Projektes lud die Bibliothek unter anderem den Bundestagsabgeordneten Michael Brand (CDU) ein. Michael Brand unterstrich bei seinem Besuch die wichtige Rolle von Bibliotheken als „Orte der Kultur, des Wissens und der Begegnung“.³⁹

3.3.4 Das Resultat: Ein Koalitionsvertrag mit bibliothekspolitischen Anliegen. Nächster Schritt: Umsetzung!

Die genaue Wirkung politischer Arbeit lässt sich selbstverständlich nicht ohne Weiteres bemessen.⁴⁰ Ein aber in jedem Fall für die aktuelle Legislaturperiode – und damit auch für bibliothekspolitischen Anliegen – zentrales Dokument ist der Koalitionsvertrags von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. Dieser nahm, zur Zufriedenheit des dbv, eine Reihe bibliothekspolitischer und für Bibliotheken relevante Zielsetzungen auf:

- das Ziel, „faire Rahmenbedingungen beim E-Lending“ zu schaffen,⁴¹
- das Ziel, Bibliotheken als Dritte Orte zu stärken und Sonntagsöffnungen zu ermöglichen,⁴²
- das Ziel, ein „wissenschaftsfreundlicheres Urheberrecht“ zu etablieren,⁴³
- die „Einbindung außerschulischer Bildungsakteure“ in die Sicherung „inklusiver Bildung“,⁴⁴
- das Ziel der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der Überprüfung der Governance-Strukturen⁴⁵ sowie die Errichtung einer zentralen Anlaufstelle „Green Culture“, die „Kompetenzen, Wissen, Datenerfassung, Beratung und Ressourcen für die ökologische Transformation anbietet.“⁴⁶

³⁸ Ziel des Förderprogramms „Vor Ort für Alle“ war es, Bibliotheken als „Dritte Orte“ auch in ländlichen Räumen zu stärken, und so einen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen zu leisten. Mehr Informationen dazu unter dbv (o. J.d.).

³⁹ Osthessen Zeitung (2022).

⁴⁰ Siehe zu diesem Thema z. B. Teles und Schmitt (2022).

⁴¹ Deutsche Bundesregierung (2021) 25.

⁴² Ibid. 122.

⁴³ Ibid. 21.

⁴⁴ Ibid. 95.

⁴⁵ Ibid. 36.

⁴⁶ Ibid. 122.

Die Vorhaben dieses Koalitionsvertrags muss die Bundesregierung nun umsetzen und der dbv wird nicht müde werden, die Politik weiter an ihre bibliothekspolitischen Versprechen zu erinnern. Im Dezember 2022 beklagte der dbv in einer PM, dass, ein Jahr nach Verabschiedung des Koalitionsvertrags, die beiden Kernvorhaben für Bibliotheken – die Sonntagsöffnung und das E-Lending – noch immer brach lägen.⁴⁷ Die politische Arbeit geht also weiter!

4 Schlussfolgerung

Eine politische Interessenvertretung für Bibliotheken ist notwendig, um in der Politik ein modernes Rollenbild von Bibliotheken zu vermitteln und auf Rahmenbedingungen hinzuwirken, die dies ermöglichen. Da Bibliotheken auf unterschiedlichen politischen Ebenen agieren, muss die Interessenvertretung als Gemeinschaftsaufgabe der Bibliotheksvertreter*innen auf den unterschiedlichen Ebenen fungieren. Für die dbv-Bundesgeschäftsstelle liegt der Kernfokus auf der Bundespolitik und insbesondere auf den Themen E-Lending, Sonntagsöffnung, Urheberrecht und Nachhaltigkeit. Anhand des Beispiels der Bundestagswahl 2021 habe ich dargestellt, wie sich der dbv erfolgreich – und unter Einbeziehung der Bibliotheken selbst – für seine politischen Zielsetzungen auf Bundesebene einsetzen kann.

Literaturverzeichnis

- BpB (2019): Interessenvertretung und politisches System in Deutschland im Wandel. Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/wirtschaft/lobbyismus/275972/interessenvertretung-und-politisches-system-in-deutschland-im-wandel/#:~:text=Interessenvertretung%20bedeutet%2C%20dass%20bestimmte%20gesellschaftliche,zu%20ihren%20Gunsten%20beeinflussen%20wollen>, zugegriffen am 12.11.2023.
- Bündnis 90/Die Grünen (2021a): Antworten auf die Wahlprüfsteine von Deutscher Bibliotheksverband e. V. anlässlich der Bundestagswahl 2021. Verfügbar unter <https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2021-09/Antwort%20B%C3%BCndnis%2090%20Die%20Gr%C3%BCnen.pdf>, zugegriffen am 15.02.2023.
- Bündnis 90/Die Grünen (2021b): Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021. Verfügbar unter https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wahlprogramm-DIE-GRUENEN-Bundestagswahl-2021_barrierefrei.pdf, zugegriffen am 16.02.2023.
- dbv (2020): Potenzial von Bibliotheken durch strategische Einbindung nutzen Stellungnahme des Deutschen Bibliotheksverbandes e. V. (dbv) zur Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2020. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2020-11/2020_10_30_dbv_Stellungnahme_Konsultation_Nachhaltigkeit.pdf, zugegriffen am 13.02.2023.
- dbv (2021a): Bericht zur Lage der Bibliotheken Zahlen und Fakten 2021/2022. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2021-10/Bericht%20zur%20lage%202021%20%202021_MW_web_final.pdf, zugegriffen am 25.01.2023.
- dbv (2021b): Klares Bekenntnis für faire Rahmenbedingungen beim E-Lending in Bibliotheken. Deutscher Bibliotheksverband begrüßt Koalitionsvertrag der Ampelkoalition. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2021-11/PM_dbv%20zum%20Koalitionsvertrag_final.pdf, zugegriffen am 22.02.2023.
- dbv (2021c): Öffentliche Bibliothek 2025. Leitlinien für die Entwicklung der Öffentlichen Bibliotheken. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2021-03/Positionspapier_%C3%96B_2025_FINAL_WEB.pdf, zugegriffen am 22.02.2023.
- dbv (2021d): Vor den Koalitionsverhandlungen: Bibliotheken drängen auf mehr politische Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen in neuer Legislaturperiode. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2021-10/PM_Forderungen%20des%20dbv%20vor%20den%20Koalitionsverhandlungen_20211012.pdf, zugegriffen am 25.01.2023.
- dbv (2021e): Wahlprüfsteine 2021: Deutscher Bibliotheksverband adressiert Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021 an politische Parteien. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2021-05/2021_04_28_PM%20_Wahlpr%C3%BCfsteine%20des%20dbv%20zur%20Bundestagswahl%202021.pdf, zugegriffen am 13.01.2023.
- dbv (2022a): Ein Jahr Koalitionsvertrag: „Die Regierung muss endlich aktiv werden!“. Deutscher Bibliotheksverband e. V. (dbv) fordert jetzt Schritte zur Umsetzung des Koalitionsvertrags. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2022-12/PM_1%20Jahr%20Koalitionsvertrag_20221207_final.pdf, zugegriffen am 21.02.2023.
- dbv (2022b): Grundlagenpapier: Bibliotheken als Dritte Orte stärken und Sonntagsöffnung ermöglichen. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2022-08/Grundlagenpapier_Sonntags%C3%B6ffnung.pdf, zugegriffen am 26.01.2023.
- dbv (2022c): Grundlagenpapier: Zugang zu Büchern für alle: analog und digital. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2022-05/2022_05_30_dbv_Grundlagenpapier_Zugang%20zu%20E-Books_analog_und_digital_final.pdf, zugegriffen am 15.03.2023.
- dbv (o. J.a): E-Books in Bibliotheken. Verfügbar unter <https://www.bibliotheksverband.de/e-books-bibliotheken>, zugegriffen am 25.01.2023.
- dbv (o. J.b): Sonntagsöffnung. Verfügbar unter <https://www.bibliotheksverband.de/sonntagsoeffnung>, zugegriffen am 21.03.2023.
- dbv (o. J.c): Urheberrecht. Verfügbar unter <https://www.bibliotheksverband.de/urheberrecht>, zugegriffen am 22.03.2023.
- dbv (o. J.d): Vor Ort für Alle. Soforthilfeprogramm für zeitgemäße Bibliotheken in ländlichen Räumen. Verfügbar unter <https://www.bibliotheksverband.de/vor-ort-fuer-alle-soforthilfeprogramm-fuer-zeitgemaeße-bibliotheken-laendlichen-raeumen>, zugegriffen am 15.11.2023.
- Deutsche Bundesregierung (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag

⁴⁷ dbv (2022a).

zischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/1f422c60505b6a88f8f3b3b5b8720bd4/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1>, zugegriffen am 25.02.2023.

Deutsche Bundesregierung (2023): Die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele. Verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/die-17-globalen-nachhaltigkeitsziele-1553514>, zugegriffen am 12.11.2023.

Die Linke (2021): Antworten Die Linke Wahlprüfsteine. Verfügbar unter file:///C:/Users/breidlid/Downloads/Antwort%20Die%20Linke_Ohne%20Anschreiben_0.pdf, zugegriffen am 14.02.2023.

FDP (2021): Antworten der FDP zu den Wahlprüfsteinen des Deutschen Bibliotheksverbandes e. V. (dbv) zur Bundestagswahl 2021. Verfügbar unter <https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2021-09/Antwort%20FDP%20auf%20die%20dbv%20Wahlpr%C3%BCfsteine.pdf>, zugegriffen am 01.03.2023.

Friedrich-Ebert-Stiftung (2021): Lobbying für die gute Sache. Strategie und Kommunikation für Zivilgesellschaft und Non-Profit-Organisationen. Friedrich-Ebert-Stiftung Abteilung Politische Bildung und Dialog Akademie Management und Politik. Verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/mup/18015.pdf>, zugegriffen am 13.02.2023.

Lobbyregister des Deutschen Bundestages (o. J.a): Eintrag des Deutschen Bibliotheksverbands e. V. (dbv). Verfügbar unter <https://www.lobbyregister.bundestag.de/suche/R003275/2212>, zugegriffen am 14.02.2023.

Lobbyregister des Deutschen Bundestages (o. J.b): Startseite. Verfügbar unter <https://www.lobbyregister.bundestag.de/startseite>, zugegriffen am 15.11.2023.

Osthessen Zeitung (2022): Treffpunkt Bücherei Poppenhausen – Bund fördert digitale Angebote. 27.11.2022. Verfügbar unter <https://www.osthessen-zeitung.de/einzelansicht/news/2022/dezember/treffpunkt-buecherei-poppenhausen-bund-foerdert-digitale-angebote.html>, zugegriffen am 01.02.2023.

SPD (2021a): Aus Respekt vor deiner Zukunft: Das Zukunftsprogramm der SPD. Verfügbar unter <https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf>, zugegriffen am 26.01.2023.

SPD (2021b): Wahlprüfsteine Deutscher Bibliotheksverband. Verfügbar unter https://www.bibliotheksverband.de/sites/default/files/2021-09/WPS_SPD_Deutscher%20Bibliotheksverband%20e.V.%20%28dbv%29.pdf, zugegriffen am 14.02.2023.

Teles, Steven; Schmitt, Mark (2011): The Elusive Craft of Evaluating Advocacy. In: *Stanford Social Innovation Review*, 9 (3), 38–43. DOI:10.48558/Y90Q-VE61.

Transparenz-Register der Europäischen Union (o. J.): Eintrag des Deutschen Bibliotheksverbands e. V. (dbv). Verfügbar unter <https://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/display-lobbyist.do?id=775312322027-47>, zugegriffen am 14.02.2023.



Jacqueline Breidlid

Ehemals: Deutscher Bibliotheksverband e. V.
(dbv)
Politische Kommunikation
Fritschestr. 27–28
D-10585 Berlin
j.breidlid@gmail.com